

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

252 (29.10.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-254528](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-254528)

Norddeutsches Volksblatt

463

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (inkl. Fringerlohn) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5059) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 30.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfspaltige Corpusspalte oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 252.

Bant, Dienstag den 29. Oktober 1895.

9. Jahrgang.

Der Klassenkampf.

Die gesellschaftliche Umwandlung, welche die Sozialdemokratie erstrebt und welche die Befreiung nicht allein des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechtes, das unter den heutigen Umständen leidet, bedeutet, kann, wie unser Parteiprogramm in durchaus konsequenter und logischer Schlussfolgerung aus den ökonomischen Thatsachen und der Klassenverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft betont, „nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenfreigabe unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben“.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung — erklärt unser Programm weiter — ist notwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gemeinschaft nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihn sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

Das ist die klar ausgesprochene Stellungnahme der Partei zum Klassenkampf, die sie seit mehr als zwei Jahrzehnten unerschütterlich festgehalten hat. Schon im Gothaer Programm war sie in voller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Sie fußt auf der von Marx und Engels begründeten materialistischen Geschichtsauffassung, welche in aller bisherigen Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sieht, beruhend auf den gegenwärtigen materiellen Interessen der verschiedenen Klassen.

Diese Klassenkämpfe als Triebfeder der Entwicklung sind auch in früheren Geschichtsperioden vorhanden. Aber ihr Charakter kommt den Kämpfen selbst meist nicht zum Bewußtsein. Dadurch unterscheidet sich der Kampf der modernen Arbeiterklasse von allen früheren Klassenkämpfen, daß er von den Kämpfern im vollen Bewußtsein ihrer Klassenlage geführt wird, daß sie die Arbeiter als Klasse fühlen und als solche auf dem politischen Kampfboden erscheinen. Zwar sind noch nicht alle Schichten der Arbeiterklasse von diesem Klassenbewußtsein durchdrungen; aber die Erhebung derselben durch die Sozialdemokratie schreitet mächtig vorwärts, unterstützt durch die wirtschaftliche Ent-

wicklung, die den noch politisch rückständigen Arbeitern mit aller Macht Klassenlogik einpaukt.

Der moderne Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie und die ländliche Ausbeuterklasse läßt sich theoretisch sehr scharf darstellen als Kampf einer Klasse gegen eine bestimmte andere Klasse. In der Praxis jedoch wird diese Scharfe der Begrenzung vielfach verwischt. Was in der Theorie sich recht hübsch rein und zweifelslos abzeichnen läßt, gerät in der Wirklichkeit des Lebens mannigfach in einander über; die vielfachen Verflechtungen der wirtschaftlichen Beziehungen und politischen Parteikonstellationen beeinflussen die jeweiligen Formen des Klassenkampfes und bestimmen den Charakter der in den einzelnen Epochen für die Förderung der Bewegung aufgestellten und verfolgten Forderungen.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie, der Führerin im Klassenkampf, weist diesbezüglich zwei verschiedene Gruppen von entgegengesetzter Richtung auf. Der Anfang der Bewegung zeigt nur in verhältnismäßig geringem Maße den Klassencharakter; die eigentlichen Träger der Bewegung sind zum guten Teile Elemente aus dem Bürgerthum; die Bewegung selbst wird mehr als eine allgemeine menschliche, auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Humanität beruhende aufgeführt, an welcher Alle, die diesen Prinzipien huldigen, ein gleiches Interesse haben.

Allmählich jedoch zieht sich der Erkenntnis des Klassencharakters der Bewegung mehr und mehr fest. Die Sozialdemokratie wird die bewußte Vertreterin des Proletariats und seiner Interessen. Die Partei aber ist immer noch klein und — ein wichtiger Umstand — steht in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Industriearbeitern zusammen. Ihr Augenmerk richtet sich naturgemäß auf deren Interesse und das wachsende Bewußtsein des Klassencharakters der Bewegung kommt darin zum Ausdruck, daß die Genossen allen anderen Bevölkerungsschichten gegenüber einen möglichst schroffen Standpunkt einnehmen. Alles, was nicht geeignet ist, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter direkt zu fördern oder ihre politische Berechtigung zu erweitern, wird negiert, ja selbst der durch die Verhältnisse gegebene Kampfboden verworfen, weil die Kleinheit der Bewegung noch jede direkte Einflußnahme auf die politischen Gestaltungen unmöglich macht. Man erinnert sich nur der scharf ablehnenden Stellungnahme zum Parlamentarismus, der in der Partei nur als willkommene Agitationsgelegenheit galt. Diese Auffassung ist durchaus erklärlich, wenn man sich die brutale Feindseligkeit vergegenwärtigt, womit die bürger-

lichen Parteien von vornherein den Vertretern der Arbeiterklasse entgegengetreten, und die Ungeduld erweist, die eine jugendkräftige himmelstürmende demokratische Bewegung erlitten mußte bei den Gedanken, in Jahrzehnte langen Jahren erst sich die politische Macht zu erobern. Die Herabwürdigung der fähigen Illusionen über die erhoffte rasche befreiende Wirkung des allgemeinen Wahlrechts durch die politische Wirklichkeit mußte einen gewaltigen Rückschlag ausüben, bis sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, daß auch demokratische Einrichtungen volkseindliche Resultate zeitigen, so lange nicht in den Massen selbst der demokratische Geist lebt.

Diesen Geist in die Massen hineinzutragen, sie für die Gedankenwelt des Sozialismus zu gewinnen, wurde die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie, der sie sich mit unablässiger Eifer gewidmet hat. Die Früchte dieser Thätigkeit zeigten sich in dem rapiden Wachstum der Partei. Wie sie aber überhaupt auf der ökonomischen Entwicklung fußt, mußte die schärfere Ausgestaltung und Ausprägung des Kapitalismus ihr notwendiger Weise außerordentlich förderlich sein.

Zunächst waren es fast ausschließlich die Lohnarbeiter, welche schwer unter dem Trud der Kapitalismus litten. Je mehr er aber seine Fänge ausbreitete, wurden im selben Maße auch andere Bevölkerungsschichten in ihrer wirtschaftlichen Position bedroht und bedrängt; die allgemeine Unsicherheit wuchs und die Interessen der bedrängten Mittelschichten, der Kleinbürger und Bauern, wurden denen der Arbeiter insofern genähert, daß beide Theile die dringende Nothwendigkeit einer Aenderung der gegenwärtigen Zustände fühlten. Auch in weiteren Kreisen regte sich ein lebhafteres Empfinden für die unerbötliche Ungerechtigkeit des heutigen Wirtschaftssystems und seine Unhaltbarkeit.

So wurden einerseits dem Sozialismus neue Anhänger zugeführt aus Kreisen, die ihm bis dahin nur sehr schwer zugänglich waren, andererseits aber lernten die Lohnarbeiter in jenen vom Kapitalismus ebenfalls in ihrer Existenz gefährdeten Mittelschichten natürliche Bundesgenossen erkennen, die, sobald sie ihr Interesse richtig verstehen, gemeinsam mit den Arbeitern an der gesellschaftlichen Neugestaltung arbeiten müssen. Daß die Mehrheit dieser Mittelschichten zu dieser Erkenntnis noch nicht gelangt ist, daß sie vorläufig noch ihr Heil in allerlei reaktionären Maßnahmen sieht, ändert an dieser Thatsache nichts; es macht nur die Aufgabe, diesen Schichten Klarheit über ihre

eigene Situation zu bringen, zu einer zwin-

genderen. Damit verliert der Klassenkampf des Proletariats seinen bisherigen einfachen Charakter; er wird komplizierter, aber auch — wenn in der Tragweite der Einzelheiten richtig gewürdigt und unter ihrem scharfen im Auge halten des Endziels geführt — wirksamer. Wenn es richtig in unserem Programm heißt, daß die Befreiung des Proletariats und mit ihm des gesamten Menschengeschlechtes nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, so kann damit doch keineswegs gesagt sein sollen, daß die Klasse der Lohnarbeiter sich im wirtschaftlichen und politischen Kampfe abzulösen habe von allen anderen Bevölkerungsgruppen, daß sie auf diese gar keine Rücksicht zu nehmen habe und ruhig abwarten könne und müsse, bis der Fortgang der ökonomischen Entwicklung soweit vorgeschritten sei, daß die Lohnarbeiterklasse allein die übergroße Mehrheit ausmache, eine Mehrheit von solchem Uebergewicht, daß sie dem Staat ihren Willen als Gesetz diktiert kann.

Dieser Standpunkt würde eine außerordentlich übertriebene Spannung des Klassenkampf-Begriffs bedeuten; wollte die Partei ihn anerkennen, so müßte sie damit in eine total falsche Taktik geraten. Solche Auffassung ließ sich allenfalls in den ersten Kinderjahren der Partei rechtfertigen; mit dem Wachsen der Partei mußte sie weichen und ist thatsächlich gewichen. Auch im Erfurter Programm ist ihr schon ein Nadeln vorgelegt worden, daß im letzten Absatz des ersten Theils gesagt wird, die sozialdemokratische Partei bestrebt in der heutigen Gesellschaft „nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, welche sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

Hätte die Sozialdemokratie ihre Taktik nicht den Verhältnissen anpassen gewußt, hätte sie sich nicht stets mitten in's Leben gestellt und jede Gelegenheit benutzt, den politischen Wind in ihre Segel zu lenken, sie wäre nicht die große gefürchtete Partei geworden, die sie heute ist. Die einseitige „rein proletarische“ Auffassung des Klassenkampfes eignet sich allenfalls als Dogma für eine Sekte, aber nicht als Richtschnur für eine große lebenskräftige und lebenswillige Partei.

Gerade vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, auf welche wir Sozialdemokraten mit Recht stolz sind, weil wir in ihr den sicheren Maßstab für die Beurtheilung der Dinge finden, erweist sich jene einseitige

Auffassung als falsch, weil sie die Arbeiterklasse nicht als die alleinige Trägerin der Befreiung des Volkes ansieht, sondern als die alleinige Trägerin der Befreiung der Arbeiterklasse.

Er sprach die letzten Worte so leise, als handle es sich wirklich um eine Bagatelle. Trotzdem zitterte Sophia noch immer, sie schaukelte auch jetzt und nur ihre Augen redeten eine stumme Sprache: Sie schüttelten sich mit Thränen, als sie durch den Richter selbst die Darmschnur eines Bergens demonstrieren hörte, wegen dessen man sie und die übrigen bereits so hart hatte leiden lassen.

„Wenn sich alles so verhält, wie ich annehme“, sprach Jagodkin, der in ihren Thränen und ihrem Schweigen Vorboten seines baldigen Triumphes sah, weiter, „so liegt nur ein äußerer geringfügiges kriminelles Vergehen vor, das mit der überhandnehmenden Unterdrückung als hinreichend geführt angesehen werden dürfte. Von einer weiteren Strafe könnte dann unter keinen Umständen die Rede sein. Aber freilich, wir müßten aus dem Munde der Verhafteten die erforderliche Beweismittel gewinnen — ein so hartnäckiges Schweigen wie das Ihrige, Sophia Sidorski, muß schließlich auf die Vermuthung führen, daß die Zwecke des Bundes dem doch keine so darmlosen zu nennen gewesen.“

Sophia erwidert — er sprach die letzten Worte in so erlicher, fast drohender Weise, daß sie kaum noch an seiner Anwesenheit zweifeln konnte. Sollte sie ihren Anreden gerade durch ein Verhalten schaden, was sie beobachtete, um ihnen zu nützen?

(Fortsetzung folgt.)

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Zieme.

26) „Ganz recht“, sagte Jagodkin. „Der also nicht — er machte einige Notizen.“ Warten Sie — wenn hätte ich denn da vergriffen? — Den — nein, den nicht — o, sprechen Sie doch, Angeklagte, wenn habe ich da gleich vergriffen zu nennen?“

„Ich wüßte Niemand.“ „Niemand? Sie irren, Fräulein. Haben Sie Alexis Elitorin ganz aus dem Gedächtnis verloren?“

„Der ist nicht in Russland.“ „Sehen Sie, daß Sie mir nichts verbergen können. Und Jwan Jagareff?“

„Ich habe keinen Grund, diesen Herrn zu schonen, aber die Ehre gebietet mir, zu sagen, daß er kaum zwei Mal in den Sitzungen des Bundes ausgenommen gewesen ist und wohl eine rechte Abneigung von den Bestrebungen desselben gehabt hat.“

„Ganz recht — er ist auch nicht angeklagt — aber, warten Sie — ich bin über einen Punkt hier noch im Unklaren — wann war es wohl, Sophia Sidorski? — er ließ die Frage mit großer Distanz hervor, um ihr keine Zeit zur Ueberlegung zu lassen — „wann war es wohl, daß Sie im Bunde Bellamos „Kooling Backward“ gesehen haben?“

„Ich entsinne mich nicht, daß wir das Bild überhaupt gesehen haben“, entgegnete Sophia ruhig. Sie hatte recht wohl die tieferen Absicht

dieser ansehnlich wie äußerlichen Fragen erkannt und empfand bereits Gewissensbisse darüber, daß sie über ihren Vater schon mehr ausgesagt habe, als ihm vielleicht dienlich sei.

„So?“ Jagodkin lehnte sich ärgerlich in seinen Lehnstuhl zurück. Auch sein zweiter Versuch schlug fehl und sein Grundlag war, ein Zeichen sofort einem Angeklagten gegenüber fallen zu lassen, wenn dieser den Zweck desselben durchschaut hatte.

„So muß ich denn zum Ausrufen schreiten“, sagte er zu sich selbst.

Die Angeklagte betrachtete ihn aufmerksam, in gespannter Erwartung dessen, was nun kommen würde. Sie fühlte sich durch die Fülle der aufregenden Einbrüche des heutigen Nachmittags auf das Aeußerste geistig erschöpft, nur mit Mühe vermochte sie sich diejenige Kraft zu bewahren, welche notwendig war, um den Schlingen des Verhörs zu entgehen.

Dem erfahrenen Inquirent entging dieser Umstand keineswegs und er holte daher, nachdem er sein Opfer einige Augenblicke scharf angesehen, um so flegelgemüth zu seinem letzten Schlage aus. „Mein Fräulein“, begann er in menschenfreundlicher, väterlicher Weise, „glauben Sie nicht, daß ich deshalb ein Unhold bin, weil mein Amt mich zwingt, die schmerzlichen Plakate des Richters gegen Sie wahrzunehmen. Auch ein Richter ist ein Mensch und des Mitleids nicht beraubt. Sie dürfen mir glauben, daß mir Ihr Schicksal zu Herzen geht, wenn ich mich auch lieber außer Stande sehe, es zu ändern. Dochens kann ich durch Erforschung der Wahrheit dazu beitragen,

entweder Ihre Schuldlosigkeit festzustellen oder doch die Milderungsgründe aufzuweisen, die vielleicht in Ihrem Thun enthalten sind. Gerade in Ihrem Falle sehe ich deren so viele — Ihr Vater, Ihr Bruder zählten zu den Mitgliedern des Klubs — war es nicht ganz natürlich, daß auch Sie ihn und wieder an den Versammlungen theilnahmen, den Debatten zuhörten, dieses billigten, jenes verwarfen? Sie konnten das thun, ohne sich dabei irgend welcher Gefährdungen bewußt zu werden?“

Das junge Mädchen blickte auf. Sie suchte in den Zügen des Beamten zu erkennen, was er dachte. War diese Frage, die so verschieden war von den früheren, echt oder flüchtig er damit ein neues Netz, um es ihr, im Falle sie ihm vertraute, über den Kopf zu werfen?

Sie zögerte. „Achtung! dürfte die Sache bei den übrigen liegen“, fuhr der Richter in demselben ernstfremdbildigen Tone fort, „junge Dilettanten, gläubend von Vaterlandsliebe, von den modernen Ideen angezogen, wie unglückliche Aliegen vom Glanz des Lichtes — ohne jede böse, unmitzlerliche Absicht finden sie sich zusammen, ihre Gedanken auszutauschen und Projekte zu besprechen, um nach ihrer Ansicht den Staat zu retten — sie denken sich nichts Schlimmes dabei und wenn sie nichts weiter unternehmen, so ist die Sache ja auch nicht gefährlich. Sehen Sie, Sophia Sidorski, so stelle ich mir den Sachverhalt vor, — ich bin ja gewissermaßen von Beruf Menschenkenner und überblicke sofort die wahren Umstände eines Berganges. Das einzige Unrecht, das

Auffassung als absolut haltlos. Das in letzter Linie bestimmte Moment in der Geschichte ist die Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens; aber das Resultat aller geschichtlichen Entwicklung ist gleichwohl ein Produkt der verschiedenartigen gegeneinander wirkenden Kräfte, deren Willen durch die ökonomischen Verhältnisse, in welchen sie leben, bestimmt wird. Auch das Wollen der Klassen und Parteien kreuzt sich und wirkt gegeneinander, und das schließliche Resultat entspricht nie völlig dem Willen der einen Seite.

Darum ist der Klassenkampf des Proletariats wirksam nur zu Säulen, wenn die Partei des Proletariats, die Sozialdemokratie, sich der gegen sie wirkenden Kräfte durchaus bewußt und bereit ist, die Gegenwirkungen in ihre Rechnung zu ziehen. Es genügt nicht, der wirtschaftlichen Entwicklung zu verfallen, die wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten und die proletarischen Interessen zu verfolgen. Es genügt nicht, das Wort der Sozialdemokratie aus den Reihen der Proletariat zu verhaften; es gilt ebenso sehr, die Reihen der Gegner zu erschüttern, ihnen die Anhänger, die zum großen Teil nur Mistläufer sind, abzuwinden zu machen. Jeder Erfolg nach dieser Seite zählt doppelt. Sollen wir warten, bis der letzte Bauer proletarisiert ist, so werden wir lange warten können. Das Interesse des proletarischen Klassenkampfes, richtig verstanden, erfordert dringend, diesen Klassenkampf nicht in engbegrenztem Sinne aufzufassen, sondern Alles zu thun, was uns der entscheidenden gesellschaftlichen Umgestaltung näher bringen kann.

Die Vorbereitung dieser Entfaltung ist die Eroberung der politischen Macht im Staate: ihre Vorbereitung wieder ist die Gewinnung der unterdrückten Massen. Dazu zählen nicht nur die Lohnproletariat, sondern auch die durch den Kapitalismus auf's Acuteste bedrängten Kleinbürger und Kleinbauern. Je früher diese für den Sozialismus gewonnen werden, desto früher schlägt die Entscheidungsschlacht. Die völlige Proletarisierung der kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Schichten abzumachen, hat es keine Zeit.

Deshalb ist es zwingende Pflicht, für die Sozialdemokratie, Alles zu thun, was jene langjam der Proletarisierung verfallenden Schichten der Partei gewinnen kann. Sie muß sich deshalb der ökonomischen und politischen Interessen derselben annehmen. Die Masse der heute sozialdemokratischen Arbeiter ist aus keineswegs allein durch den Druck des Kapitalismus und die theoretische Propaganda für den Sozialismus gewonnen worden, sondern dadurch, daß die Sozialdemokratie sich zur Vertreterin ihrer materiellen Interessen schon in der Gegenwart gemacht hat. Warum soll den Bauern nicht recht sein, was den Arbeitern billig ist? Wir können im Kleinbauern auch nichts Anderes sehen als einen Vertreter der Arbeit, sein geringer Besitz, von dem ihm oft nur sehr wenig noch gehört, hat für ihn hauptsächlich nur noch Wert als Arbeitsmittel, auf dem seine Existenz ruht. Die Hebung seiner Lage ist keineswegs — wie die in Breslau beschlossene Kartusische Resolution behauptet — gleichbedeutend mit einer Stärkung des Privateigentums. Die Lage der Kleinbauern läßt sich sehr wohl heben, ohne dem Proletariat zu schaden: der Klassenkampf würde dadurch nicht erschwert, sondern gefördert werden. Zu verlangen, daß Alles, was die Partei fordert und fördert, direkt dem Lohnarbeiterproletariat nützt, ist ein mit den großen Aufgaben der Partei unvereinbarer überlebens Standpunkt. Dient etwas den Interessen anderer arbeitender Schichten, ohne den Lohnarbeitern zu schaden, bringt es dadurch jenseit der Sozialdemokratie näher, so ist damit viel gewonnen.

Darum bedauern wir die Annahme der Kartusischen Resolution auf dem Breslauer Parteitag. Sie ist ein Rückfall in die ehemals erklärte, unhaltbare einseitige Auffassung des proletarischen Klassenkampfes. Das Proletariat wird stets die treibende Kraft dieses Kampfes und in demselben seines eigenen Glückes Schlichter sein. Aber es hat keine Ursache, die noch vor der Proletarisierung stehenden Schichten zurückzuweisen, sondern soll sie sich zu Bundesgenossen machen. Desto eher der Sieg.

Politische Rundschau.

Bant. 28. Oktober.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Verfügung des Regierungspräsidenten von Potsdam als Beweis für die liberale Haltung der Behörden für die Sozialdemokratie. Sie lautet:

Der königliche Regierungspräsident
Potsdam, 28. Sept. 1895.
1. 2663. 9.

Zur Bekämpfung der straffälligen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, insbesondere auf dem Gebiete der Presse, erlaube ich wiederholt um eine sorgfältige Überwachung der sozialdemokratischen und anarchischen Zeitungen und Flugblätter, welche in dortigen Kreisen erscheinen und verbreitet werden. Die Polizeibehörden haben diese Befehrsgegenstände einer genauen Durchsicht zu unterziehen und die ihnen straffällig erscheinenden Veröffentlichungen zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft zu bringen.

Auch zweifelhafte Fälle sind der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Wenn auch die Staatsanwaltschaft nicht immer die Ansicht der Polizeibehörden theilen wird, so darf doch hier-

durch das Zusammenwirken nicht gestört werden, vielmehr sind die Mittheilungen fortzusetzen. Ich erlaube, die hiernach in Betracht kommenden Druckchriften selbst regelmäßig durchzusehen.

Der Regierungspräsident
gez. Graf Due de Craai.

An die Herren Landräthe u.

Die Dortmunder Wahlwahl führt, wie vorausgesehen war, zu einer Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Vögtenau und dem Nationalliberalen Möller. Von den 49 343 Stimmen entfielen nach dem Bericht des „Vorwärts“ auf Vögtenau (Soz.) 17 574, Möller (natl.) 17 320 und Verding (Zr.) 14 549 Stimmen. Bei der Hauptwahl 1893 erhielten die Sozialdemokraten 17 170, Nationalliberalen 16 284, Zentrum 13 188; bei der Stichwahl erhielten die Sozialdemokraten 21 525, die Nationalliberalen 21 580 Stimmen. Die Stimmengabe ist am größten bei dem Zentrumskandidaten. Die geringe Zunahme der Stimmen der Sozialdemokratie führen „Vorwärts“ und „Frank. Ztg.“ auf den Kandidatenwechsel zurück. Daß der Anfall der Stichwahl sehr zweifelhaft ist, leuchtet ein, jedoch werden unsere Genossen im Dortmunder Wahlkreis Alles aufzubieten, um Vögtenau durchzubringen.

Zur Wahlwahl in Weh schreibt der „Vorwärts“: Nachdem der bisherige Reichstagsabgeordnete für Weh, Dr. Haas, sein Mandat niedergelegt hat, wird von nationalliberalen Blättern behauptet, er habe Liebschütz als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Wir wissen nicht, ob das wahr ist — jedenfalls kann Liebschütz aus der Hand des Herrn Dr. Haas und anderer politischer Gegner keine Kandidatur und kein Mandat annehmen. Und bei der eigentlichen Lage der Verhältnisse in Weh hat er überhaupt auf die Annahme einer Kandidatur für diesen Wahlkreis verzichten zu müssen geglaubt.

Im ehemaligen Wahlkreis Hammersteins, Verford-Halle ist von der Verammlung der konservativen Vertrauensmänner Landgerichtsrath Dr. Weihe in Bünde als Kandidat aufgestellt worden. Die Hoffnungen des Herrn Stöcker, daß man ihn zum Nachfolger Hammersteins anerkennen werde, haben sich also nicht bestätigt.

Die toten Hohenzollern dürfen nur noch gelobt werden. Wer an ihnen etwas zu tadeln findet, wer behauptet, irgend ein längst verwehrt hohenzollernischer Kurfürst oder Markgraf habe bei Lebzeiten einige nicht rühmliche Streiche gemacht — der setzt sich der Gefahr aus, wegen Majestätsbeleidigung verurteilt zu werden. Soweit man nun nun glückt mit der Auslegung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen gekommen. Preussische Richter sind es, denen man es zu verdanken hat, wenn in Zukunft die Geschichte von jedem Hohenzollern nur Ruhmes- thaten, nicht aber den geringsten dummen oder schändlichen Streich zu berichten wissen wird. Erst vom Jahre 1895 werden die ohnehin schon so vorzüglich auf Erzeugung von „Ehrfurcht“ vor den Hohenzollern angelegten und „gewissenhaft“ geschriebenen deutschen Geschichtswerke die Angehörigen jenes Dynastengeschlechtes als gänzlich fadenlosse Heroen erscheinen lassen, denn: Preussische Richter haben herausgefunden, daß der Tadel gegen einen verstorbenen Hohenzollern zugleich eine Beleidigung der heutigen Repräsentanten jener Familie, also Majestätsbeleidigung ist. Das ist die Konsequenz eines Urtheils, welches am 22. Oktober des Breslauer Landgericht gefällt hat. In der „Völkswacht“ war vor geraumer Zeit ein Artikel erschienen, „Das Deutschtum der Hohenzollern“. In historisch unanfechtbarer Weise wurde u. A. das Verhalten des Markgrafen Joachim II. von Brandenburg erörtert, eines Fürsten, der seit 32 Jahren todt ist, geschildert und kritisiert. Der Staatsanwalt erhob nun allgemeinen Erlaunen Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur Jahn, und nun ist letzterer zum noch größeren Erlaunen selbst der bürgerlichen Kreise verurteilt worden, verurteilt nicht, weil er mit dem Artikel jene seit Jahrhunderten verdammten Fürsten, sondern weil er damit die jetzt lebenden Mitglieder jenes Fürstenhauses beleidigt haben soll! Wie das Gericht jene Verurteilung begründet hat, darüber bringen bürgerliche Blätter (der Berichtshalter der „Völkswacht“) konnte nicht einmal zur öffentlichen Urtheilsverkündung in den Gerichtssaal gelangen! Folgendes: Das Gericht hat angenommen, der infrimäre Artikel habe die Tendenz, das ganze Haus der Hohenzollern und damit auch den Kaiser vor einem Publikum, das nicht in der Lage und auch nicht fähig ist, historische Studien zu treiben, herabzuwürdigen und groblich zu beleidigen! — Damit ist erreicht worden, was schon seit geraumer Zeit erstrebt wurde, die Hohenzollern, auch die toten, jeder Kritik zu entziehen. Schon zwei Mal wurde der Versuch gemacht: einmal gegen die Berliner „Völkswacht“ wegen angeblicher Beleidigung des verstorbenen Kaisers, Wilhelm I., dann gegen die „Brandenburger Zeitung“, gegen die zur Abwechslung statt § 95 der § 131, der von Verächtlichmachung von Staatseinstellungen ins Feld geführt wurde. Es handelte sich damals um eine Kränkung des im Jahre 1871 verstorbenen Biedermanns Joachim II. von Brandenburg, dessen Reformation noch um etliche Grade unrühmlicher war als die der

kurfürstlichen Prinzen. Beide Male scheiterte der Versuch. Die Breslauer Richter haben nun die richtige Begründung gefunden, wonach Hohenzollernverleumdung strafbar und Jahn zu vier Monaten Gefängnis verurteilt ist (neun Monate wollte der Staatsanwalt ihm subditieren). Es bleibt abzumachen, was das Reichsgericht zu der Deduktion der Breslauer Strafkammer sagen wird. Man darf auf Alles gefaßt sein.

Eine neue Auslegung der Kaiserrede vom 2. September hat das Leipziger Landgericht in dem Urtheil getroffen, durch welches der Redakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, Genosse Weidelt, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Begründung des Urtheils lautet nämlich, daß die Kaiserrede sich auf einen Teil der Sozialdemokratie und zwar auf den Theil, der hochverräterische Ziele verfolgt, bezieht. Ob ein solcher Theil besteht oder nicht, ist gleichgültig. Gerade darin, daß der Artikel diesen Theil der Rede ignoriert und sie auf alle Anhänger der Sozialdemokratie, auch die harmlosen mit eingerechnet, bezieht und dem Kaiser Vorwürfe macht, liegt die Beleidigung. Trotz der mannigfachen Kommentare und Kritiken, welche die Kaiserrede in der seitdem verflochtenen Zeit erfahren hat, ist um eine solche Auslegung bisher Niemand bezeugt. Alle Abweichungen sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Sozialdemokratie als Ganzes gemeint war. Auch die angebliche Freie nach mancherseits den Standpunkt ein. Daß der Kaiser einen solchen Unterschied hat machen wollen, geht aus seiner Stelle der Rede hervor. Auch erscheint es uns keineswegs gleichgültig, ob ein Theil der Sozialdemokratie besteht, der hochverräterische Ziele verfolgt, und nicht gleichgültig für die Beurtheilung der Abwehr. Gerade weil wir der festen Überzeugung sind, daß ein solcher Theil nicht besteht, konnte die Sozialdemokratie die Kaiserrede nur auf sich als Ganzes beziehen und demgemäß auf der Rechuldigung des Hochverrats erwirken.

Ein Nachspiel zum Prozeß Schröder und Genossen fand am 23. d. M. vor dem Gericht in Essen statt. Genosse Dué, Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, war wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Peterson angeklagt, wegen zweier Artikel in der „Bergarbeiter-Ztg.“. In dem ersten wird der Vorwurf der berüchtigten Hergeleit, den Herr Peterson in seiner bekannten Anklagebegründung im Weidenprozeß Schröder der genannten Zeitung gemacht, energisch zurückgewiesen. Die Erhebung eines solchen Vorwurfs wird auf die in den höheren Gesellschaftskreisen herrschende Unkenntnis der Arbeiterbewegung zurückgeführt. Der zweite Artikel giebt u. A. eine Kritik des „Vorwärts“ wieder, in der gesagt wird, in Essen kürzest ein Gericht, wonach Herr Peterson vor der Urtheilsverkündung dem Gefängnisinspektor befohlen haben sollte, die Kleider der Angeklagten Schröder und Genossen bereit zu legen. Die Nummer 35 der „Bergarbeiter-Zeitung“, in der diese Artikel abgedruckt waren, wurde bekanntlich konfisziert. Jetzt giebt nun Herr Peterson zu, etwas Ähnliches gesagt zu haben, in welcher Form, wisse er nicht mehr. Dies ist um so auffälliger, da doch in den 14 Tagen, nachdem die Vorwärtssnotiz alle Blätter durchlaufen, Herr Peterson in einer Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“ bekräftigt, die ihm in den Mund gelegte Äußerung und auch nichts Ähnliches gesagt zu haben. Weiter bekundeten ein Gerichtsfunktionär und ein Diener, in Kollegenkreisen von einer diesbezüglichen Anordnung des Herrn Peterson gehört zu haben. Ein Mißverständniß degenate: Die Frau des Gefängnisinspektors hat mir ihr Ertrauen über das Urtheil der Geschworenen ausgedrückt und dabei gesagt: „Schon Mittags erhielt mein Mann von Herrn Staatsanwalt Anweisung, dem Schröder und Genossen die Kleider zurecht zu legen.“ Der als Zeuge vernommene Mann dieser Gefängnisfrau wußte aber von nichts. — Der Staatsanwalt beantragte 350 M. Geldstrafe und nach eingehender Vertheidigung des Angeklagten Dué und glänzendem Plaidoyer des Rechtsanwalts Dr. Wallach I. in Essen, erkannte der Gerichtshof auf eine Gesamtstrafe von 150 M., event. 15 Tage Gefängnis.

Am letzten Donnerstag wurden in sämtlichen Berliner Wahlkreisen Verammlungen zur Vertretung über die Verhandlungen des Parteitages zu Breslau abgehalten. Es ist nicht verwunderlich, daß fast überall über die Verwerfung der Berliner Anträge Klage geführt wurde. Im zweiten Kreise stellte Dr. Arons den Antrag, gegen die Prinzipienklärung der bayerischen Genossen im Landtag Protest zu erheben. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zur Strandschiff-Veranstaltung in Kolberg durch die Herren v. Pustkammer Vater und Sohn wird der „Freie Ztg.“ mitgeteilt, daß das Provinzial-Schiffkollegium, dessen Vorsitzender der Oberpräsident v. Pustkammer ist, das Mitglied der Stadtverordneten-Verammlung in Kolberg, Gymnasialprofessor Naumann, aufgefordert hat, sein Stadtverordneten-Mandat niederzulegen unter Bezugnahme darauf, daß Herr Naumann die Genehmigung zur Annahme des Mandats widerrufen erhält worden sei. — Naumann hat zu denjenigen Stadtverordneten gehört, welche sich in der Strandschiffloche dem Vertrauensvotum an den Magistrat angeschlossen haben.

Den Freidenkern scheint's überall in Deutschland an den Krügen zu gehen. In München ist nämlich der Freidenkerverein von der Polizei als ein politischer Verein erklärt worden, dem Studenten und Frauen fernbleiben müssen. Im Statut war ausdrücklich betont worden, daß der Verein keine Politik treibe. Der Verein hat beim Minister Beschwerde erhoben.

Schweiz.

Bern. Ueber die neue eidgenössische Militärverfassung hat das schweizerische Volk nächsten Sonntag — am 3. November — abzustimmen. Der beglückte Gesetzesvorschlag, der, ohne den Charakter des schweizerischen Volkes als eines Milizheeres zu ändern, wesentlich auf eine größere Zentralisation des Wehrwesens hinausläuft, ward seiner Zeit vom Ständerath — der Kantonsvertretung — mit 30 gegen 12 und vom Nationalrath — der Volksvertretung mit 111 gegen 9 Stimmen angenommen. Jetzt hat das Volk in Urabstimmung endgültig zu entscheiden. Ueber den Ausgang lassen sich nur Vermuthungen anstellen. Daß der Gesetzentwurf Verbesserungen enthält, wird von keiner Seite bestritten, allein die Zentralisation, welche die Macht der Bundesgewalt auf Kosten der Kantone vermindert, erscheint vielen als eine Verdröpfung des demokratischen Prinzips. Den deutschen Reichsbürgern aber, denen über Nacht Militärverordnungen beschert werden, raten wir, die Schweizer Bürger sich zum Muster zu nehmen, die bewirkt haben, daß ihnen kein Gesetz erlassen werden kann, dem sie nicht vorher ihre Zustimmung gegeben haben.

Frankreich.

Paris. 27. Oktober. Unserer kurzen Notiz in der Sonntagsnummer lassen wir hiermit einen längeren aber immer noch gedrängten Bericht über die Verhandlung der Deputiertenkammer, betreffend die Interpellation Jaurès bezüglich des Streiks der Glasarbeiter von Garmaux, folgen. Wie schon gesagt, führte Jaurès zunächst aus, daß der Direktor Resigüier für seine Arbeiter ein mißthätiger Herr gewesen. Nachdem Resigüier sich vergeblich bemüht hatte, das Glasarbeiter-Syndikat zu zerstreuen, verfuhr er es darauf, sich desselben zu bedienen, und ließ sich von ihm industrielle Dienste leisten. Als 1891 die Glasarbeiter in ganz Frankreich stritten, unterstützte Resigüier den Strike durch Geldbeiträge unter der Bedingung, daß seine Glasarbeiter ihre Kameraden, die in den mit Resigüier konkurrierenden Glasfabriken arbeiteten, zur Forderung von Löhnen in derselben Höhe veranlassen, wie sie Resigüier wegen der besonderen Gefährlichkeit der Arbeit in seiner Fabrik zahlen mußte. Als Resigüier in Toulouse sich um ein Deputatenmandat bewarb, erludte er das Syndikat, ihn durch ein Manifest den Toulouse Arbeitern zu empfehlen. Das Syndikat lehnte dies ab, da seine politischen Sympathien den sozialistischen Gegnern Resigüiers gehörten. Seitdem begann Resigüier den Kampf gegen das Syndikat. Jaurès erzählte hierauf die bekannte Geschichte des Streikes, an dessen Entscheidung und Fortdauer Resigüier alle Schuld trage, während Jaurès gleich Anfangs den Arbeitern gerathen habe, von dem Strike abzuhellen, und stets um dessen Beilegung bemüht gewesen sei. Man möge ihm irgend eine That vorbehalten, die das Gegenteil befinde. Jaurès beschuldigt ferner den Präsidenten und die Gerichte, gleich anfänglich die Arbeiter Partei genommen zu haben. Schon Dupuy habe, als unter seinem Ministerium der Strike der Bergarbeiter in Garmaux ausbrach, den Befehl gegeben, den Strike um jeden Preis zu erstickern. (Dupuy springt entrüstet auf und ruft: „Ich protestire!“). Jaurès: Ihre ganze Politik protestirt gegen ihren Protest. Gehst auf diese Politik hoffen Sie, wieder zur Regierung zu kommen und lauern auf Ministerkrän! Jaurès behauptet, der Präsident habe die Arbeiter brutalisiert, späterhin habe der Präsident selbst die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bestimmen gesucht. Sogar auf die Verordneten der Arbeiter habe der Präsident eine Preßion geübt und ihnen Staatsstellen oder Nachschuß von der Militärdienstzeit versprochen, falls sie die Arbeiter zur Rückkehr in die Fabrik veranlassen. Der Staatsanwalt von Albi wolle heute leugnen, daß er von den Richtern die strenge Verurteilung eines Arbeiters aus Garmaux verlangt habe, weil dieser Arbeiter mit Jaurès in Beziehung gestanden habe; aber er (Jaurès) versichert, daß der Staatsanwalt diese Äußerung gethan habe. Die Regierung hätte diese infame Vermischung von Politik und Justiz nicht dulden dürfen. Jaurès bittet, nachdem er drei Stunden gesprochen, seine Rede am andern Tage fortsetzen zu dürfen, was ihm gestattet wird. Am andern Tage seine Rede fortsetzend, bespricht er die schweren Uebergriffe der Behörden von Garmaux und die defensive Haltung der Arbeiter, die entstellt worden sei. Um die Streikenden zu entmuthigen, verbreitete Resigüier die Gerüchte, die Arbeiter hätten theilweise die Arbeit wieder aufgenommen. Das Syndikat beobachtete die Fabrik und hat die Arbeiter, die man dort eintreten sah, die Arbeit erst zugleich mit den Kameraden wieder zu beginnen; das könne man doch nicht als eine vom Syndikat ausgeübte Preßion hinstellen. Jaurès bespricht ferner die Willkür bei der Beschlagnahme des Streikenden. Unter den beschlaggenommenen Dokumenten befand sich eine Caution über 100 M., die ein alter Rechtsprofessor aus Berlin sandte

Arbeiter! Genossen! Sorgt in weitgehendstem Maße dafür, daß nur Brod, sowie sämtliche Backwaaren in denjenigen Bäckereien gekauft werden, deren Inhaber bewilligt haben. Hoch die Solidarität!

Immobil-Verkauf.

„Centralhalle“

Edel der West- und Nordstraße, vis-à-vis der Haltestelle Bant belegen, kommt am

Dienstag den 29. ds. Mts.

Nachmittags 4 Uhr

im Saale des zu verlassenden Immobilien zum öffentlich meistbietenden Verkaufs-

aussteig.

Zu ersten Termin sind zunächst

43500 Mark geboten und erfolgt in diesem zweiten Termine auf das Höchst-

gebot sofort der Zuschlag.

Neuende, 22. Oktober 1895.

H. Gerdes,

Auktionator.

Auktion.

Für betrübende Rechnung werde ich folgende theils neue, theils fast neue

Werkstoffe am

Montag den 4. Nov. ds. Jz.

Nachmittags 2 Uhr anfangend

im Saale des Birtos A. Krause in

Bant, namentlich:

Seidel, Sophas, mehrere theils getriebene, theils polierte Kleider-
schränke, Bettstufen, Spiegel,
mehrere Waschtische, Sopha-
tische, mehrere Bettstellen mit und
ohne Matratzen, Kommoden, Wasch-
tische, Küchenschränke etc.

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend

verkauft.

Neuende, 26. Oktober 1895.

H. Gerdes,

Auktionator.

Ich erhielt heute eine

Ladung

Speisekartoffeln

magnum bonum und

prima blaßrothe Dabersche

und empfehle dieselben frei

ins Haus den Zentner zu

2,25 Mk.

J. Franke,

Neue Wilh. Straße.

Empfehle zum

herabgesetzten Preise:

Margarine à Pfd. 45 Pf.

do. " 55 "

do. " 65 "

do. " 75 "

Schmalz " 40 "

do. " 50 "

Speck " 70 "

bei halben und ganzen Zeiten

entsprechend billiger.

H. Sosath,

Bismarckstraße 33.

Briefmarken-

Sammlungen

von den kleinsten bis zu den größten

werden zu kaufen gesucht. Von wem?

ist zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Bei vorkommenden Todesfällen

maße auf mein großes Lager von

Grabkränzen u. Trauerschleifen

aufmerksam. Konsumkarten werden in Zahlung angenommen.

G. O. Traugott, Tonndelch.

Unterstützungsverein Sander.

Sonntag den 3. November:

Winter-Vergnügen

bestehend in

Konzert, Athletik, Ringkampf und Ball
unter Mitwirkung des Athletenklubs „Nord. Eiche“.

Anfang 5 1/2 Uhr.

Billets an der Kasse 40 Pf., im Vorverkauf 30 Pf., Tanzschleife 75 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Derren, welche sich am Wettheben oder Ringkampf be-
theiligen wollen, werden ersucht, sich bis Sonntagabend den 2. November
beim Gastwirth Jähde zu melden.

Empfehle feinste Strickwolle

das Pfund von 3 bis 4 Mk. Konsumkarten werden in Zahlung an-

genommen. **G. O. Traugott, Tonndelch.**

Ich erhielt wieder einen Waggon

feiner Speise-Kartoffeln

magnum bonum, sowie einen Waggon rothe Dabersche.

A. Meyer, Börsenstr. 19.

Allen Rauchern

kann meine 5 Pennia-Cigarre Nr. 5 als eine ausgezeichnete

Qualität empfehlen. Konsumkarten werden in Zahlung angenommen.

G. O. Traugott, Tonndelch.

la. westf. Kleinfleisch

Pfund 40 Pf., empfiehlt

R. Pels, N. Wilh. Str. 60.

Pfeifen

(große und kleine) in großer

Auswahl — auch Ersatztheile —

empfehlen

G. Buddenberg.

Neues feinschnittiges Sauerkraut

Pfd. 10 Pf., 3 Pfd. 25 Pf.

empfehlen

R. Pels, N. Wilh. Str. 60.

Londoner „Phönix“

Feuer-Assurance-Societät, gegr. 1782.

Anträge von Feuerversicher-

ungen jeder Art werden prompt

und billig abgeschlossen sowie jede

gewünschte Auskunft ertheilt von

H. Carstens, Bant.

Portemonnaies und Cigarrentaschen

empfehlen

G. Buddenberg.

Starke feste Sohlen

aus bestem Bild- u. Zahn-Zohleder

sowie sämtl. Bedarfsartikel

empfehlen der

Schuhmacher - Rohstoff-Verein.

13 Marktstraße 13.

komplet fertiger Särge

sowie aller Arten

Leichenbekleidungsgegenstände,

bei Bedarf empfohlen.

A. C. Ahrends, Neue Wilh. Str. 24.

Waaren-Haus B. H. Bührmann.

Winter-Jackets

aus warmen Cheviot,

Estimo- u. Krimmerstoffen,

mit und ohne Belgarnitur

Mt. 2,50, 5,00,

7,50, 10,00 15—35,00.

Seidene Plüsch- und Astrachan-Jackets

mit und ohne Belgarnitur

mit Zeidenfutter

Mt. 28,00, 36,00,

46—55,00.

Lothringer Keller

F. Klitz

hält sich einem geehrten Publikum zu

zahlreichem Besuche bestens empfohlen.

Neue grüne und graue Erbsen,

Linjen und weiße Bohnen

garantirt weichkochend

empfehlen

R. Pels, Neue Wilh. Str. 60.

Gesucht

per sofort ein schulfreier Laufbursche.

Jauffen & Carl,

Bismarckstraße.

Logis für zwei junge Leute

Neue Wilhelmsh. Straße 61.

Logis für einen jung. Mann.

Marktstraße 28, u.

Gutes Logis für 2 j. Leute

Neubremen, Bremerstraße 9.

Zu vermieten

zum 1. November eine dreiräumige

Etagenwohnung.

G. S. Effen, Am Markt.

Zu vermieten

zum 1. November oder später mehrere

5- und 6-räumige EtagenWoh-

nungen mit abgeschlossenen Korridor,

Keller und Zubehör, sowie ein Laden

mit geräum. freundl. Wohnung.

A. C. Ahrends, N. Wilh. Str. 24.

Ein fast neuer, komplet einge-

richteter, sehr starker

zweiadr. Handwagen

preiswerth zu verkaufen.

H. Sosath,

Bismarckstraße 33.

Buchhandl. des „Vorwärts“

Berlin S.W., Brühlstraße 3

Seeben erschien das diesjährige

Kongress-Protokoll.

Preis 30 Pf., Porto 10 Pf.

Partienbezug Rabatt.

Die Verhandlungen über das Agrar-

programm machen den Breslauer Parteitag

zu einem der bedeutungsvollsten der

Partei und da diese Verhandlungen im

Protokoll besonders ausführlich wieder-

gegeben sind, so wird das diesjährige

Protokoll ganz besondere Beachtung

finden. Im Anhang sind die verschiedenen

Vorschläge der Agrarcommission im Wort-

laute nebst der Finanzkommission in Wort-

beilage beigefügt, so daß das gesammte Material

hier zusammengefaßt ist.

Um das Protokoll als Nachschlagebuch

bauend benutzen zu können, haben wir

Erbandene Protokolle zu 50 Pf.

in bechränkter Anzahl fertigtstellen lassen.

Verband der Maurer.

Zahlstelle Wilhelmshaven.

Dienstag den 29. Oktober 1895

Abends 8 Uhr

Versammlung

im Lokale des Herrn Zadenwasser.

Um vollständiges Erscheinen der Mit-

glieder ersucht

Der Vorstand.

Waschen und Plätten

feiner Wäsche.

M. Meyerhoff, Mech. 4.

Waarenhaus B. H. Bührmann.

Große wollene

Schlaf-Decken

extra schwer

Stück 2,75 Mk.

Biere

aus der Dampf-

bierbrauerei von Th. Festschneider in Jever.

Lagerbier

helles Bier nach Pilsener Art.

dunkles bayrisches Gebräu

in Kässern und Flaschen.

Cigarren

in allen Preislagen von 2 bis 15 Mk.

per 100 Stück.

Joh. Fangmann

Bismarckstraße 59.

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Mann

und unserm guten Vater das Geleite

zur letzten Ruhestätte gaben, sowie auch

für die anderen Zeichen der Theilnahme

sagen wir unsern innigsten Dank.

Wwe. Bedenius und Kinder.

Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

Einschlafige Betten Nr. 8

aus grün-roth gestreiftem Atlas

mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 7,—

Unterbett 7,—

2 Kissen 5,—

Mt. 19,—

Zweischläfig Mt. 23,50

Einschlafige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas

mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25

Unterbett 10,25

2 Kissen 7,—

Mt. 27,50

Zweischläfig Mt. 31,—

Einschlafige Betten Nr. 10b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas

mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50

Unterbett 13,50

2 Kissen 9,—

Mt. 36,—

Zweischläfig Mt. 40,50

Einschlafige Betten Nr. 11

aus rothem od. roth-rosa Atlas

mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett 17,50

Unterbett 17,50

2 Kissen 10,—

Mt. 45,—

Zweischläfig Mt. 50,50

Einschlafige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunen-

föder, Unterbett aus roth Atlas

mit 16 Pfd. Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—

Unterbett 20,50

2 Kissen 12,—

Mt. 54,50

Zweischläfig Mt. 61,—

Rebation, Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.